

Ausschreibungsverfahren

Die Deutscher Musikrat gGmbH schreibt eine Rahmenvereinbarung für IT-Dienstleistungen (Laufzeit max. 3 Jahre) aus.

Bekanntmachung am: 09.09.2024

Vergabeart: Öffentliche Ausschreibung nach § 8 UVgO

Art der Leistung: IT-Dienstleistungen für die Deutscher Musikrat gGmbH am Standort Bonn (Rahmenvereinbarung über max. drei Jahre)

Vergabestelle: Deutscher Musikrat gGmbH
Geschäftsführung / Zentrale Dienste
Weberstraße 59
53113 Bonn
www.musikrat.de

Email: emich@musikrat.de

Tel.: 0228 - 2091 - 202

Frist für die Einreichung des Angebotes:

Datum: 30.09.2024

Uhrzeit: 24:00Uhr

Inhaltsverzeichnis

Die Ausschreibungsunterlagen zum Ausschreibungsverfahren
„Rahmenvereinbarung über max. drei Jahre für IT-Dienstleistungen der Deutscher Musikrat
gGmbH“

- I. Auftragsbekanntmachung
- II. Bewerbungsbedingungen
- III. Angebotsbedingungen
- IV. Liste zu erbringender Nachweise
- V. Termine und Fristen
- VI. Leistungsbeschreibungen
- VII. Eigenerklärung über den Ausschluss von Bewerber:in und Bieter:in
- VIII. Angebotsformular für Bieter:in

I. Auftragsbekanntmachung

VO: UVgO

Vergabeart: öffentliche Ausschreibung

Auftraggeberin

Deutscher Musikrat gGmbH
Weberstraße 59
53113 Bonn
Tel.: 0228 – 2091 202

Art und Umfang der Leistung

Bezeichnung des Auftrags: IT-Dienstleistungen für die Deutscher Musikrat gGmbH am Standort Bonn (Rahmenvereinbarung über max. drei Jahre Laufzeit)

Art des Auftrags: Dienstleistungsauftrag (§103, Abs. 4,5 GWB)

Ort der Leistungserbringung: Bonn

Kurzbeschreibung:

Der Deutsche Musikrat (DMR) ist weltweit der größte, nationale Dachverband des Musiklebens und steht unter der Schirmherrschaft von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier. Der DMR engagiert sich für die Interessen von rund 15 Millionen musizierenden Menschen in Deutschland und ist Träger renommierter Ensembles, Wettbewerbe, Förderprojekte und Serviceangebote.

Die ständigen Projekte und temporären Förderprogramme des DMR sind in seiner gGmbH gebündelt. Dem Subsidiaritätsprinzip folgend, betraut die Bundesregierung den DMR mit öffentlichen Aufgaben im staatlichen Interesse, um diese möglichst bürgernah und dem Gemeinwohl verpflichtet zu organisieren. Dementsprechend sind rund dreiviertel des jährlichen Budgets von durchschnittlich etwa 8.5 Millionen Euro mit öffentlichen Mitteln finanziert. Derzeit sind rund 65 Mitarbeitende in Bonn angestellt.

Die Deutsche Musikrat gGmbH beabsichtigt für IT-Dienstleistungen am Standort Bonn einen Rahmenvertrag mit einem Auftragnehmer abzuschließen. Der Auftragnehmer soll für die DMR gGmbH über die Laufzeit von 3 Jahren diverse IT-Dienstleistungen übernehmen, die in der Leistungsbeschreibung aufgeführt sind. Diese sind unmittelbarer Teil und Gegenstand der Vergabeunterlagen und somit des abzugebenden Angebots.

Das tatsächliche Auftragsvolumen für die ausgeschriebenen IT-Dienstleistungen kann für die Vertragslaufzeit im Voraus nicht exakt festgelegt werden. Die angegebenen Stundenaufwände und Kilometerangaben (Mengengerüst) sind von der Auftraggeberin - basierend auf einer Bestandsaufnahme der aktuellen Bedarfe und unter Einrechnung des zukünftig geschätzten Bedarfes - so genau wie möglich ermittelt und beschrieben worden (qualifizierte Schätzung).

Die angegebenen Aufwände verstehen sich somit nicht als Abnahmeverpflichtung seitens der Auftraggeberin.

Ein Anspruch auf Mindestanforderungen besteht nicht.

II. Bewerbungsbedingungen

Es findet eine öffentliche Ausschreibung gemäß § 3 Abs. 1 UVgO statt.

1. Mitteilung von Unklarheiten in den Vergabeunterlagen

Enthalten die Vergabeunterlagen nach Auffassung des Bewerbers/der Bewerberin Unklarheiten, so hat er/sie unverzüglich die Auftraggeberin vor Angebotsabgabe in Textform darauf hinzuweisen.

2. Unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen

Angebote von Bieter:innen, die sich im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren an einer unzulässigen Wettbewerbsbeschränkung beteiligen (z.B. Preisabsprachen, Austausch von Angebotsteilen), werden ausgeschlossen.

Zur Bekämpfung von Wettbewerbsbeschränkungen hat der/die Bieter:in auf Verlangen Auskünfte darüber zu geben, ob und auf welche Art der/die Bieter:in wirtschaftlich und rechtlich mit anderen Unternehmen verbunden ist.

III. Angebotsbedingungen

1. Das Angebot ist in deutscher Sprache abzufassen.
2. Die Angebote erbitten wir vollständig ausgerechnet (Einzelpreis/Gesamtpreis) einzureichen unter Angabe der Zahlungsbedingungen.
3. Unterlagen, die von der Auftraggeberin nach Angebotsabgabe verlangt werden, sind zu dem von der Auftraggeberin bestimmten Zeitpunkt einzureichen. Werden die Unterlagen nicht vollständig fristgerecht vorgelegt, wird das Angebot ausgeschlossen. (Beachten Sie die Bestimmungen über Nachforderungen nach § 41 Abs.2, 3 UVgO.)
4. Entspricht der Gesamtbetrag einer Position nicht dem Ergebnis der Multiplikation von Mengenansatz und Einheitspreis, so ist der Einheitspreis maßgebend.
5. Alle Preise sind in Euro mit höchstens drei Nachkommastellen anzugeben. Im Leistungsverzeichnis sind die Preise (Einheitspreise, Pauschalpreise, Verrechnungssätze usw.) ohne Umsatzsteuer anzugeben. Der Umsatzsteuerbetrag ist unter Zugrundelegung des geltenden Steuersatzes am Schluss des Angebotes hinzuzufügen. Es werden nur solche Preisnachlässe gewertet, die ohne Bedingungen als Prozentsatz auf die Abrechnungssumme gewährt werden und an der im Angebotsschreiben bezeichneten Stelle aufgeführt sind.
Nicht zu wertende Preisnachlässe bleiben jedoch Inhalt des Angebotes und werden im Fall der Auftragserteilung Vertragsinhalt.
6. Die allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen VOL/A werden Vertragsbestandteil. Beiliegende AGB des Bieters/der Bieterin stellen eine Änderung der Vergabeunterlagen dar und führen zwingend zum Ausschluss.
7. Der/Die Bieter:in hat auf Verlangen der Auftraggeberin Unterlagen zur Preisermittlung zu dem von der Auftraggeberin bestimmten Zeitpunkt vorzulegen.
8. Unterauftragnehmer:innen
Beabsichtigt der/die Bieter:in Teile der Leistung von Unterauftragnehmer:innen ausführen zu lassen, muss er in seinem Angebot Art und Umfang der durch Unterauftragnehmer:in auszuführenden Leistungen angeben und die jeweils dafür vorgesehenen Unterauftragnehmer:innen benennen. Auf Verlangen hat der/die Bieter:in auch für die Unterauftragnehmer:innen die geforderten Eignungsnachweise beizubringen.
9. Eignungslleihe
Beabsichtigt der/die Bieter:in für den Nachweis der erforderlichen wirtschaftlichen, finanziellen, technischen oder beruflichen Leistungsfähigkeit die Kapazitäten eines anderen Unternehmens in Anspruch zu nehmen, so muss er eine Verpflichtungserklärung dieses dritten Unternehmens

vorlegen, um nachzuweisen, dass ihm dessen Kapazitäten tatsächlich zur Verfügung stehen werden.

Für das beanspruchte Unternehmen sind ebenfalls die geforderten Eignungsnachweise zu erbringen.

10. Lose

Eine Aufteilung des Auftrages in Lose ist vorgesehen.

11. Die Angebotsfrist läuft mit dem in der „Aufforderung zur Abgabe eines Angebots“ genannten Termin ab.

12. Die Angebote nebst aufgeführten Anlagen sind entweder elektronisch oder persönlich in einem verschlossenen Umschlag bei

Deutscher Musikrat gGmbH
Zentrale Dienste
z.Hd. Hermann Emich - persönlich –
Kennwort: IT
Weberstraße 59
53113 Bonn

einzureichen.

13. Einzureichende Unterlagen sind
Siehe Checkliste unter Punkt VII

14. Abgabefrist ist der 30.09.2024, 24:00 Uhr.

15. Der Zuschlag wird auf das wirtschaftlichste Angebot erteilt (§ 43, Abs.1 UVgO), entsprechend der Bewertung von Kriterien (nach Schulnotensystem):

Kriterien für die Vergabe sind:

- **50% Preisgestaltung:** Ein ausgewogenes und öffentlich begründbares Preis-Leistungs-Verhältnis ist für uns von zentraler Bedeutung
- **30% regionale Nähe:** Aus Gründen der Nachhaltigkeit und Praktikabilität (kurze Anfahrtszeiten bei dringenden Anliegen.) ist uns eine regionale Nähe und Erreichbarkeit von Bedeutung. Bei kurzen Wegen entfallen ggf. auch anfallende Kosten für Kuriere.
- **15% einschlägige Referenzen** in den vergangenen 3 Jahren
- **5 % Verfügbarkeiten**

IV. Liste zu erbringender Nachweise

- vollständiges und unterschriebenes Angebot
- Nachweis Eintragung in ein Berufs- oder Handelsregister
- Angaben zu Mindestlohnzahlung
- ggf. Nachweise über Subunternehmer:innen
- Eigenerklärung über den Ausschluss von Bewerber:innen und Bieter:innen von der Vergabe öffentlicher Aufträge
- Eigenerklärung Mindestlohn
- Eigenleihe (optional)
-

V. Termine und Fristen

Auftragsbekanntmachung:	09.09.2024
Frist für die Einreichung der Angebote:	30.09.2024, 24:00 Uhr
Zuschlags- und Bindefrist:	30.10.2024
Ausführungs-/Lieferfrist des Auftrags:	zum 01.01.2025

VI. Leistungsbeschreibungen

1. Auftrag

1.1. Auftraggeber

Deutscher Musikrat gGmbH
Weberstraße 59
53113 Bonn

1.2 Beauftragungsgegenstand

IT-Dienstleistungen für die Deutscher Musikrat gGmbH.
Siehe beiliegende Liste (Anhang I) mit Beispielen.

Der Deutsche Musikrat (DMR) ist weltweit der größte, nationale Dachverband des Musiklebens und steht unter der Schirmherrschaft von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier. Der DMR engagiert sich für die Interessen von rund 15 Millionen musizierenden Menschen in Deutschland und ist Träger renommierter Ensembles, Wettbewerbe, Förderprojekte und Serviceangebote.

Die ständigen Projekte und temporären Förderprogramme des DMR sind in seiner gGmbH gebündelt. Dem Subsidiaritätsprinzip folgend, betraut die Bundesregierung den DMR mit öffentlichen Aufgaben im staatlichen Interesse, um diese möglichst bürgernah und dem Gemeinwohl verpflichtet zu organisieren. Dementsprechend sind rund dreiviertel des jährlichen Budgets von durchschnittlich etwa 8.5 Millionen Euro mit öffentlichen Mitteln finanziert. Derzeit sind rund 65 Mitarbeitende in Bonn angestellt.

Die Deutsche Musikrat gGmbH beabsichtigt für IT-Dienstleistungen am Standort Bonn einen Rahmenvertrag mit einem Auftragnehmer abzuschließen. Der Auftragnehmer soll für die DMR gGmbH über die Laufzeit von 3 Jahren diverse IT-Dienstleistungen übernehmen, die in der Leistungsbeschreibung „IT-Dienstleistungen“ aufgeführt sind. Diese sind unmittelbarer Teil und Gegenstand der Vergabeunterlagen und somit des abzugebenden Angebots.

Das tatsächliche Auftragsvolumen für die ausgeschriebenen IT-Dienstleistungen kann für die Vertragslaufzeit im Voraus nicht exakt festgelegt werden. Die angegebenen Stundenaufwände und Kilometerangaben (Mengengerüst) sind von der Auftraggeberin - basierend auf einer Bestandsaufnahme der aktuellen Bedarfe und unter Einrechnung des zukünftig geschätzten Bedarfes - so genau wie möglich ermittelt und beschrieben worden (qualifizierte Schätzung). Die angegebenen Aufwände verstehen sich somit nicht als Abnahmeverpflichtung seitens der Auftraggeberin.

Ein Anspruch auf Mindestanforderungen besteht nicht.

1.3 Leistungsbeschreibung „IT-Serviceleistungen“

1. Server-Management und -Wartung

- **Regelmäßige Wartung:** Durchführung geplanter Wartungsarbeiten in Rücksprache mit Auftraggeberin, einschließlich Betriebssystem-Updates, Sicherheits-Patches und Hardware-Checks.
 - Windows Server Systeme
 - ESXi und Hyper-V Hosts inkl. virtueller Umgebung sowie dem zentralen Storage
 - Netzwerkkomponenten (Switch, Router, Firewall, etc.)
 - Unterbrechungsfreie Stromversorgung (USV)
 - Antivirenschutz
 - Monitoring von Server und Backup
- **Überwachung:** Kontinuierliche Überwachung der Serverleistung, Ressourcenverwendung und Sicherheitsereignisse.
 - Ad-Hoc Support nach Absprache mit IT-Mitarbeiter:in der Auftraggeberin
 - Server Support
 - Netzwerk Support
 - IT-Security / Firewall Support
 - Backup Server und (externe) Datensicherung
 - Dokumentationsmanagement
- **Sicherheitsmanagement:** Implementierung und Verwaltung von Sicherheitsmaßnahmen, einschließlich Firewalls, Anti-Malware-Software und Intrusion-Detection-Systemen.
- **Backup und Wiederherstellung:** Verwaltung von Backup-Lösungen und Durchführung regelmäßiger Tests der Datenwiederherstellungsprozesse.
- **Performance-Optimierung:** Analyse und Optimierung der Serverleistung zur Gewährleistung eines reibungslosen Betriebs.
- **Support und Troubleshooting:** Bereitstellung von technischem Support und Problemlösungsdiensten bei auftretenden Störungen.

2. Ergebnisse / Deliverables

- **Wartungsberichte:** Monatliche Berichte über durchgeführte Wartungsarbeiten und deren Ergebnisse.
- **Überwachungsprotokolle:** Regelmäßige Protokolle der Serverüberwachung.
- **Sicherheitsaudits:** Vierteljährliche Sicherheitsüberprüfungen und -berichte.

VII. Eigenerklärung

über den Ausschluss von Bewerber:innen und Bieter:innen von der Vergabe öffentlicher Aufträge wegen schwerer Verfehlungen, die ihre Zuverlässigkeit in Fragestellen

Ich/Wir erkläre(n), dass

- keine Person, deren Verhalten meinem/unserem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt oder gegen meinem/unserem Unternehmen keine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach:

1. § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
2. § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,
3. § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),
4. § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden, sowie auch gegen öffentliche Haushalte richtet,
5. § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden, sowie auch gegen öffentliche Haushalte richtet,
6. § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr), §§ 299a und 299b des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im Gesundheitswesen),
7. § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern) oder § 108f des Strafgesetzbuchs (unzulässige Interessenwahrnehmung),
8. den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),
9. Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder
10. den §§ 232, 232a Absatz 1 bis 5, den §§ 232b bis und 233a des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit, Ausbeutung der Arbeitskraft, Ausbeutung unter Ausnutzung einer Freiheitsberaubung),

- mein/unser Unternehmen seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nachgekommen ist und diesbezüglich keine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung vorliegt bzw. mein/unser Unternehmen seinen Verpflichtungen dadurch nachgekommen ist, dass ich/wir mich/uns zur Zahlung der Steuern, Abgaben und Beiträge zur Sozialversicherung einschließlich Zinsen Säumnis- und Strafzuschläge verpflichtet habe(n).

2. Ich/wir erkläre(n), dass mein/unser Unternehmen nicht

- bei der Ausführung öffentlicher Aufträge gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat,
 - zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens kein Insolvenzverfahren oder kein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse nicht abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen nicht im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat,
 - im Rahmen der beruflichen Tätigkeit eine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird.
- und dass andere Ausschlussgründe nach § 124 Abs. 2 GWB ebenfalls nicht erfüllt sind.

Mir/Uns ist bekannt, dass die Unrichtigkeit vorstehender Erklärungen. zu meinem/unserem Ausschluss vom Vergabeverfahren sowie zur fristlosen Kündigung eines etwa erteilten Auftrages wegen Verletzung einer vertraglichen Nebenpflicht aus wichtigem Grunde führen kann.

Mit der Abgabe dieser Eigenerklärung zusammen mit dem Teilnahmeantrag oder dem Angebot gilt diese vom Bewerber bzw. Bieter als unterschrieben.

Dies gilt auch für Bewerber-/Bietergemeinschaften durch Angabe der jeweiligen Mitglieder der Gemeinschaft in Form von Name, Vorname oder Unternehmensbezeichnung.

- Referenzliste mit mindestens 3 Referenzen aus den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren, die mit der zu vergebenen Leistung vergleichbar ist

Angabe der Referenzen

--

- Anzahl der in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte

Angabe der beschäftigten Arbeitskräfte

(Ort, Datum, Unterschrift, Firmenname)

VII. Eigenerklärung

nach § 19 Abs. 3 Mindestlohngesetz (MiLoG)

Nach § 19 Abs. 3 MiLoG fordern öffentliche Auftraggeber beim Wettbewerbsregister¹ Auskünfte über rechtskräftige Bußgeldentscheidungen wegen einer Ordnungswidrigkeit nach § 21 Abs. 1 oder Abs. 2 MiLoG an oder verlangen von Bewerberinnen oder Bewerbern eine Erklärung, dass die Voraussetzungen für einen Ausschluss nach § 19 Abs. 1 MiLoG nicht vorliegen.

Hiermit erkläre(n) ich/wir, dass die Voraussetzungen für einen Ausschluss nach § 19 Abs. 1 MiLoG² nicht vorliegen. Ich/Wir habe(n) zur Kenntnis genommen, dass auch im Falle der vorstehenden Erklärung öffentliche Auftraggeber jederzeit zusätzlich Auskünfte aus dem Wettbewerbsregister und ggfs. aus dem Gewerbezentralregister anfordern können.

(Ort, Datum, Unterschrift, Firmenname)

VII. Eignungsleihe (optional)

Bewerber/Bieter	Vergabe-Auftrag IT-Betreuung DMR
-----------------	-------------------------------------

Vergabeverfahren

Ich/Wir beabsichtige(n), im Hinblick auf die wirtschaftliche und finanzielle bzw. technische und berufliche Leistungsfähigkeit die Kapazitäten von anderen Unternehmen in Anspruch zu nehmen (Eignungsleihe nach § 34 UVgO).

Ich/Wir erkläre/n, dass mir/uns die für die Erfüllung bestimmter Eignungskriterien erforderlichen Kapazitäten durch die folgenden Eignungsleiher zur Verfügung gestellt werden.

Die Eignungsleiher haben mir/uns gegenüber erklärt, dass keine Ausschlussgründe¹ vorliegen.

Mir/Uns ist bewusst, dass sich die Vergabestelle jederzeit die Nachweise und Eigenerklärungen vorlegen lassen kann.

Angabe der Kapazitäten	Eignungsleiher (Name, Vorname oder Unternehmensbezeichnung sowie Kontaktdaten)

(Ort, Datum, Unterschrift, Firmenname)

VII. Erklärung Eignungsleihe und Haftungserklärung (optional)

Bewerber/Bieter	Vergabe-Auftrag IT-Betreuung DMR
-----------------	-------------------------------------

Vergabeverfahren

Ich/Wir beabsichtige(n), im Hinblick auf die wirtschaftliche und finanzielle bzw. technische und berufliche Leistungsfähigkeit die Kapazitäten von anderen Unternehmen in Anspruch zu nehmen (Eignungsleihe nach § 34 UVgO).

Ich/Wir erkläre/n, dass mir/uns die für die Erfüllung bestimmter Eignungskriterien erforderlichen Kapazitäten durch folgenden Eignungsleiher zur Verfügung gestellt werden. Der Eignungsleiher hat mir/uns gegenüber erklärt, dass keine Ausschlussgründe¹ vorliegen.

Mir/Uns ist bewusst, dass sich die Vergabestelle jederzeit die Nachweise und Eigenerklärungen vorlegen lassen kann.

Angabe der Kapazitäten	Eignungsleiher (Name, Vorname oder Unternehmensbezeichnung sowie Kontaktdaten)

Haftungserklärung des Eignungsleihers:

Der Bewerber bzw. Bieter nimmt zum Nachweis seiner Eignung die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit meines/unsere Unternehmens in Anspruch. Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns gegenüber dem Auftraggeber, im Falle der Auftragsvergabe an den o.g. Bewerber/Bieter mit diesem gemeinsam für die Auftragsausführung zu haften.

(Ort, Datum, Unterschrift, Firmenname des Eignungsleihers)

VIII ANGEBOTSFORMULAR

Name und Anschrift des Bieters

Firmenname:
.....

Straße:
.....
.....

Postleitzahl:

Ort:

Telefon-Nr.:

Fax-Nr.:

E-Mail:

Umsatzsteuer-Identifikationsnummer des Bieters:
.....

HR-Nr. des Bieters:

Datum und Ort der Angebotserstellung

Ort, Datum:

Preisübersicht

Leistung	Menge	Preis
2.1 monatliche administrative Tätigkeiten	Psch.	
2.2 Anfahrtkosten Zu Weberstraße, Bonn	Psch.	
2.3. Stundensatz für sonstige Leistungen	1 h	
2.4. Preisanpassungen ab 2028	%	

Ort, Datum:

.....
Unterschrift Auftragnehmer:in, Firmenstempel

Vergabeart Öffentliche Ausschreibung

Leistung: Rahmenvereinbarung „IT-Dienstleistungen“ für die DMR gGmbH

Ich/Wir biete(n) die Ausführung der oben genannten Leistung zu den von mir/uns eingesetzten Preisen an. An mein/unser Angebot halte(n) ich/wir mich/uns bis zum Ablauf der Bindefrist gebunden.

Die Angebotsendsumme des Hauptangebotes gem.
Leistungsbeschreibung ohne Umsatzsteuer beträgt: (EUR)

.....

USt. (%): 19,00

Die Angebotsendsumme des Hauptangebotes gem.
Leistungsbeschreibung einschl. Umsatzsteuer beträgt: (EUR)

.....

Achtung!
Nebenangebote sind nicht zugelassen!

Preisnachlass ohne Bedingungen auf die Abrechnungssumme für Haupt- und alle Nebenangebote: (v.H.)

.....